

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Dezemberhälfte 330.— M. Einzelverkaufspr. 25.— M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 906.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achte gespaltene Spalte oder deren Raum 75.— Mark, auswärtige 80.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 M., für Reklamen 250.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 295.

Montag, 18. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

Der neue polnische Staatspräsident ermordet.

Warschau, 16. Dezember. (Eig. Drahtber.) Der erst vor acht Tagen neuwählte polnische Staatspräsident Piłsudski wollte am Sonnabend vormittag der Eröffnung der diesjährigen Kunstausstellung ...

Sofort nach dem Attentat trat ein außerordentlicher polnischer Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der polnischen Kammer ...

Narutowicz war der erste polnische Staatspräsident. Sein Vorgänger Piłsudski, der den Titel Staatschef führte, war von dem polnischen Regimentsrat in Warschau nur provisorisch eingesetzt.

Man könnte leicht in Verlegenheit kommen, die Mordtat als das Werk eines Nerventranken zu bezeichnen, wenn man nicht wüßte, was sich in Polen in den letzten Wochen abgespielt hat. Seit Monaten führen die polnischen Chauvinisten einen ekelerregenden Kampf gegen alles, was sich nicht zur Nationaldemokratie zählt.

Diese Niederlage brachte die polnische Reaktion in derartige Erbitterung, daß sie zu unwürdigen und brutalen Gegenaktionen hritt. Sie versuchte, die Vereidigung des neuwählten Präsidenten unmöglich zu machen ...

fremden Mächte erlebten das merkwürdige Schauspiel, daß in einem europäischen Staat der oberste Beamte nur unter militärischer Bedeckung zu seiner Vereidigung geleitet werden konnte, während nationalistiche Studenten ihn beschimpften und mit Schnee bewarfen.

Schnell und dennoch zu spät hat Narutowicz den Mut aufgefaßt, gegen den nationalistischen Pöbel vorzugehen. Zunächst wurde der Innenminister seines Amtes enthoben und General Haller, der Mann, der öffentlich gegen die Wahl des Staatspräsidenten Piłsudski als amtliche Person rebehiert, abgesetzt.

Warschau ruhig.

Warschau, 17. Dezember.

In Warschau herrscht trotz der ungeheuren Erregung über die Ermordung des Staatspräsidenten Piłsudski überall Ruhe. Am gestrigen Nachmittag fand die Vereidigung eines sozialdemokratischen Kandidaten statt, der bei den Demonstrationen in den letzten Wochen erschossen worden war.

Piłsudski als aussichtsreichster Kandidat.

Warschau, 17. Dezember.

Wie der „Kurier Poranny“ meldet, gilt als aussichtsreichster Kandidat der vormalige Staatschef Piłsudski, der die Stimmen der Mehrheitsparteien (Linke, Zentrum und Minderheitenblock) hinter sich hat.

Das neue polnische Kabinett.

Warschau, 18. Dezember.

Das neue polnische Kabinett ist bereits gebildet worden. Es besteht hauptsächlich aus den Mitgliedern des alten Kabinetts. Von den neu Berufenen übernahm General Sikorski das Präsidium und das Innere, der polnische Gesandte in Bukarest, Alexander Strzyski das Äußere und Marschall Piłsudski den Posten des Generalstabschefs.

Das gebeugte Recht.

Dr. L. Lübeck, 18. Dezember.

Wie steht's eigentlich, meine Herren Bürgerlichen? Seid ihr wirklich dumm, oder stellt ihr Euch nur dumm?

Aber merkt's Euch: Einmal muß selbst die größte Harmlosigkeit, sei sie angeboren oder angelernt, ihr Ende finden. Deshalb ist es an der Zeit, daß wir endlich ein offenes Wort reden über das bürgerliche Gezeir über die „Diktatur“ der Sozialdemokratie in der Amtsblattangelegenheit.

Das bürgerliche Blatt, das seit einiger Zeit Hauptstreiter ist im Streite für die bürgerliche Einheitsfront und gegen die Sozialdemokratie, schrieb in seiner Sonnabendausgabe:

Das Verhalten der sozialistischen Mehrheit in der Amtsblattfrage ist zu sehr offenkundige Diktatur, als daß das gesamte Bürgertum nicht dagegen aufbegehren sollte. Und jeder, der den Begriff „Demokratie“ nicht sinnlos mit „Diktatur“ interpretiert, muß bei der selbstverständlichen Forderung bleiben, daß den bürgerlichen Fraktionen solange die Rückkehr in den Rathsaussaal verweigert ist, bis das gebeugte Recht wiederhergestellt wird.

Das gebeugte Recht? Welches Recht ist denn gebeugt? Doch höchstens die bürgerliche Rechtfaberei! Oder gilt in der Lübecker Bürgerschaft das Recht der Mehrheit nicht mehr? Sie reden doch sonst so viel von der Verfassung, meine Herren! Weshalb hier nicht?

Wir wollen den Spieß umdrehen und Ihnen ein wirkliches Beispiel von „gebeugtem Recht“ auf das Fell brennen. Ein Beispiel, das außerhalb der engen Scheuklappenherrlichkeit Ihres naselangigen Reichbildesverstandes liegt, und wo es sich wirklich um eine Beugung von Recht und Gerechtigkeit handelt. Geplant sind wir darauf, wie Sie sich da heraussprechen werden.

Vorgestern, in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten verabschiedete der Reichstag die Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Unsere Steuerverhältnisse sind allmählich so geworden, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger, die Masse der Hungernden und Notleidenden, neun Zehntel aller Steuern bezahlen. Die Besitzenden aber, die Großverdiener aller Stände, beziehen zwei Drittel des gesamten Volkseinkommens, leben in Saus und Braus, und zahlen ein Zehntel der Steuern. Dabei konnten sich diese armen Leute allein im Jahre 1922 über 20 000 Luxusautomobile zulegen. Jeder sozialen Gerechtigkeit spricht das Hohn! Der eine faulenzt, frißt, kauft, macht Vergnügungsreisen; Steuern aber zahlt er nicht! Der andere arbeitet, hungert, friert — und zahlt alle Steuern.

Die Sozialdemokratie stellte diese verbrecherische Ungerechtigkeit an den Pranger und verlangte Abhilfe. Verlangte vor allem, daß die großen Einkommen stärker belastet würden, und daß der unglaublichen Steuerdrückerbergerei infolge der Geldentwertung endlich ein Riegel vorgeschoben würde.

Und die Antwort? Die gesamten bürgerlichen Parteien des Reichstages, ebenso geschlossen wie ihre Lübecker Brüder bei dem späßigen ägyptischen Auszug, lehnte alle Anträge der Sozialdemokratie ab. Auch weiterhin sollen die Proletarier die Staatslasten allein aufbringen; auch fernerhin die Schieber und Wachser ihre Gewinne zu Millionen scheffeln. Auf das härteste verwahrte sich die Sozialdemokratie gegen das gebeugte Recht jeder sozialen und staatlichen Gerechtigkeit.

Und nun, meine Herren Bürgerlichen? Was hätten Sie wohl gesagt, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aus solchem viel berechtigteren und viel wichtigeren Anlaß in einen Streik eingetreten wäre? Hätten Sie dann auch von der Diktatur des Bürgertums gesprochen?

Aber, Sie brauchen sich um eine solche Antwort den Kopf nicht zu zerbrechen. Wissen Sie doch, daß die Sozialdemokratie mit solchen Kindermärchen sich niemals lächerlich machen wird.

Denn was käme dabei heraus? Das gleiche, was bei Ihrem Streik in Lübeck. Nichts! Mit innerer Freude sehen wir schon dem Tage entgegen, wo die bürgerlichen Fraktionen beh- und wehmützig, wie Heinrich IV. in die grauen Hallen Canossas, in den gotischen Saal zurückkehren werden. Gustav Ehlers aber würde aus Freude über die Wiederkehr seines verlorenen Sohnes ein Kalb schlachten, wenn er ein Häute! Vielleicht stifet Herr Henk eins! Im Notfall aber tut es auch ein von Herrn Eckholdt produziertes Schwein — der ja Bachmann auf dem Gebiete ist.

Wir sind etwas abgenommen von dem eigentlichen Thema des „gebeugten Rechts“. Aber, wie gesagt, wir schenken die Antwort. Aus Mitleid mit der bürgerlichen Verlegenheit, die jetzt schon Steine erweichen könnte.

Zum Schluß aber noch ein ernstes Wort. Wir haben von der Steuervergünstigung gesprochen. Sie ist himelstreichend. Wenn das Bürgertum glaubt, das Proletariat nehme seine ungeheuerliche Not geduldig entgegen, und zahle dazu noch alle Lasten des Staats, so ist es in einem ganz bösen Wahn befangen. Die Unzufriedenheit ist ungeheuer; die arbeitende Bevölkerung murt und großt. Ein Anfang ist es erst, aber es kann ein böses Ende nehmen; wenn der Blind und gewissenlose Tanz der Besitzenden umgedene Ralle gedankenlos weitergeht.

Hier ist „gebeugtes Recht“, meine Herren!

Die Hilfe Americas.

Das vorläufige Programm.

Paris, 18. Dezember.

Der amerikanische Standpunkt zu den Kreditplänen läßt sich dem „New York Herald“ wie folgt zusammen fassen:

- 1. Amerika zieht unter gewissen Voraussetzungen eine tätige Anteilnahme an der europäischen Politik in Betracht.
2. Amerika ist bereit, eine Regelung vorzuschlagen. Diese Bereitschaft hängt jedoch von der Zustimmung Frankreichs ab.
3. Amerika ist der Ansicht, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit zahlen soll, verlangt aber, wenn Deutschland nicht zahlen kann, daß diese Tatsache anerkannt werde.
4. Amerika steht auf dem Standpunkt, daß eine Bedrohung Deutschlands mit Okkupationen und wirtschaftlicher Erstarrung die Welt schädigt.
5. Amerika ist bereit, einen umfangreichen Privatkredit im Interesse Deutschlands gutzuheißen.
6. Der Kredit ist zu garantieren mittels teilweiser Aufhebung der ersten Hypothek, die die Alliierten auf Grund des Versailler Vertrages besitzen.

Die Pariser Konferenz verschoben.

Paris, 18. Dezember.

Der Londoner Korrespondent des „Petit Journal“ meldet dem Blatt: In gewissen Kreisen neigt man zu der Annahme, daß die Pariser Konferenz, die für den 2. Januar vorgesehen ist, Gefahr laufe, auf später verschoben zu werden.

Das neue serbische Kabinett.

Belgrad, 17. Dezember.

Pašić hat ein neues Kabinett gebildet. Außenminister Mitić. Sämtliche Minister gehören der radikalen Partei an.

Die Besserung der Mark.

Die erhebliche Senkung des Dollarkurses von etwa 8000 auf 6000 in den beiden letzten Tagen der Woche ist nicht nur von der außenpolitischen Entspannung herzuweisen, sondern vor allem von der Lage des inneren Geldmarktes. Soweit die außenpolitische Lage in Frage kommt — hier spielt insbesondere die Niederlage Poincares in London und die Gerüchte von der Bereitwilligkeit Americas zu einer Anleihe eine Rolle — ist sie im wesentlichen ein Ergebnis der Politik des Kabinetts Wirrh, nicht, wie man jetzt in Börzenträumen mit großem Tamtam verkündet, die des Kabinetts Cuno. Herr Cuno hat doch bisher nichts anderes getan, als die von Wirrh vorbereiteten Arbeiten über das Reparationsproblem den Alliierten zur Kenntnis zu bringen. Nicht ein einziger Gedanke ist unter seinem Regime aufgetaucht. Und es ist deshalb nicht erstaunlich, daß ein Mussolini auf die bekannte Note Wirrths vom 13. November zurückgriff, um eine Basis der Verständigung über die Reparationen zu suchen. Vom Geldmarkt her dagegen sind viel entscheidendere Momente wirksam, die auf eine Besserung der Mark hindeuten. Die Kreditnot zwingt zur Einschränkung des Imports fremder Waren, dadurch also zu einer Besserung der Zahlungsbilanz. Das ist an sich nur vorübergehend, hat aber zur Folge, daß weniger Devisen gekauft werden. Die gleiche Kreditnot zwingt aber auch die Industrie, einen Teil ihrer gehamsterten Devisen zu veräußern, um sich das notwendige Betriebskapital zu verschaffen. Alle diese Tatsachen wirken zusammen, um das Angebot am Devisenmarkt stärker hervortreten zu lassen, während die Nachfrage zusammenschrumpft. So wenig man jetzt aus der Bewegung noch allgemeine Schlüsse ziehen kann, ist es doch nicht ausgeschlossen, daß die Besserung der Mark für die nächste Zeit anhält, zumal das bevorstehende Jahresende mit seinen vielen Feiertagen und mit der Abmilderung des Ultimoterminals, an dem sich die Zahlungsausgleiche häufen, die Unternehmungslust der Spekulation herabmindern.

Dollar 6000.

